

Besondere Bedürfnisse

Die Situation von Menschen mit Behinderung in Katastrophen war Thema eines Workshops der Europäischen Union in der lettischen Hauptstadt Riga.

Besonders verletzbare Gruppen sind von den Auswirkungen einer Katastrophe oft mehr betroffen als andere. Dazu gehören ältere Menschen, Frauen, Kinder und Menschen mit Behinderung. Die lettische Ratspräsidentschaft hat sich dieses Themas angenommen und im Jänner 2015 einen Workshop in Riga über die Situation von Menschen mit Behinderung in Katastrophen veranstaltet.

Die einzige Möglichkeit eines gehörlosen Menschen, bei einem Brand in einem Gebäude mit Einsatzkräften zu kommunizieren, besteht über Sichtkontakt. Ist dieser durch ungünstige Lichtverhältnisse, Sonneneinstrahlung oder Rauch eingeschränkt, schwinden die Kommunikationsmöglichkeiten. Dem optischen Eindruck einer Einsatzkraft, seiner Mimik, Gestik und Körpersprache kommt in einer solchen Situation eine besondere Bedeutung zu. Für Kleinkinder kann ein Feuerwehrmann in voller Ausrüstung bedrohlich wirken, sie laufen möglicherweise weg und auf den Gefahrenherd zu. Einsatzkräfte sollten sich der Besonderheiten solcher Situationen bewusst sein und in der Ausbildung darauf trainiert werden.

Weltweite Studie. Nach Schätzung der Vereinten Nationen sind jährlich weltweit rund 30 Millionen Menschen mit Behinderung von einer Naturkatastrophe betroffen. Die Katastrophenvorsorge sollte daher auf diese Personengruppen mehr als bisher Bedacht nehmen. Nach einer weltweiten Untersuchung von *United Nations International Strategy for Disaster Reduction (UNISDR)* 2013 unter fast 6.000 Menschen mit Behinderung wurden diese kaum jemals zu ihren besonderen Bedürfnissen in Katastrophen befragt. 20 Prozent gaben an, dass sie in einer Notlage, die eine Evakuierung erfordert, ohne Schwierigkeiten rasch evakuieren könnten. 71 Prozent gaben an, über keinen persönlichen Notfallplan zu verfügen und 30 Prozent würden jederzeit jemanden für Hilfe verfügbar haben. Auch Nachsorgeeinrichtungen wie Notunterkünfte nehmen oft wenig auf Menschen mit Behinderung Bedacht.



Laut UNO sind jährlich weltweit rund 30 Millionen Menschen mit Behinderung von einer Naturkatastrophe betroffen.

EU-PROJEKT

PrepAGE

Das EU-Projekt *PrepAGE (Enhancing disaster management preparedness for the older population in the EU)* ist ein Projekt mit österreichischer Beteiligung und dem Ziel, Bedürfnisse, Strukturen und Maßnahmen zu identifizieren, um eine besonders verletzbare Gruppe bei einer Katastrophe besser zu erreichen. Es wird untersucht, wie die Bedürfnisse älterer Menschen berücksichtigt werden können und wie Strukturen und Prozesse verändert werden müssen, um den Zugang zu älteren Menschen in Katastrophensituationen zu verbessern.

Bestehende Maßnahmen werden in den Projektpartnerländern recherchiert und daraus werden Empfehlungen abgeleitet. Wichtig ist das Bewusstsein für dieses Thema bei älteren Menschen selbst. Teil des Projekts ist jeweils eine Katastrophenvorsorgeübung in einer Gemeinde in den teilnehmenden Ländern. *PrepAGE* wird vom *Österreichischen Roten Kreuz* koordiniert. Projektpartner sind die Universität Innsbruck und die *Rote-Kreuz-Organisationen* in Bulgarien, Kroatien, Lettland und Großbritannien. Das Projekt läuft seit April 2014 und endet im März 2016.

Internationale Organisationen widmen daher den Anliegen von Menschen mit Behinderung in Katastrophen vermehrter Aufmerksamkeit. Die UN-Behindertenkonvention (Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderung) sieht in Artikel 11 vor, dass die Vertragsstaaten Maßnahmen ergreifen, um in Gefahrensituationen, Notlagen und Naturkatastrophen den Schutz von Menschen mit Behinderung zu gewährleisten. Menschen mit Behinderung sollen die für die Allgemeinheit bestimmten Informationen zur Verfügung stehen. Das betrifft auch Informationen über Gefahren, Vorbeugung und Selbstschutzmöglichkeiten. Jeder Vertragsstaat hat den Vereinten Nationen periodisch Berichte über die Maßnahmen vorzulegen, die er zur Erfüllung der Verpflichtungen aus dem Übereinkommen getroffen hat. Auch die EU wird die Mitgliedstaaten dazu aufrufen, in ihren Planungen den Menschen mit Behinderung Rechnung zu tragen. Vor allem soll das Bewusstsein für die Bedürfnisse dieser Personengruppen geweckt werden. Es sollten Daten erhoben werden, wie viele Menschen mit Behinderung von Katastrophen betroffen sein könnten. Ein spezielles europäisches Anliegen ist es, dass der Euro-Notruf 112 allen Gruppen zugänglich ist.

Toolkit. Der Europarat hat ein „Toolkit“ erstellt, in dem gute Praktiken in der Katastrophenvorsorge für Menschen mit Behinderung aufgezeigt werden, in dem aber auch darauf hingewiesen wird, dass noch viel Verbesserungsbedarf besteht. Sieben grundlegende Erfolgsfaktoren werden für die Katastrophenvorsorge für Menschen mit Behinderung angesprochen. Über allem sollte ein politisches Commitment zur besonderen Berücksichtigung von Behinderten stehen, weiters wichtig sind Koordination und Netzwerkbildung mit den Betroffenen, die strategische Planung von Maßnahmen, Wissensmanagement, die Verbesserung der Ressourcen sowie ausreichende Kommunikation. Alle Empfehlungen laufen darauf hinaus, Menschen mit Behinde-

zung eine besondere Stellung zukommen zu lassen. Das beginnt bei Präventionsmaßnahmen, etwa bei der Berücksichtigung von Einrichtungen für Menschen mit Behinderung im Zusammenhang mit der Risikoanalyse. Auch in der Vorsorge, bei der Erstellung von Katastrophenschutzplänen und bei der Förderung der Eigenvorsorge soll auf Menschen mit besonderen Bedürfnissen Bedacht genommen werden, indem etwa Informationen barrierefrei zugänglich sind wie Materialien in Blindenschrift.

Warnung über alle Sinne. Über die Nutzung verschiedener und innovativer Kanäle für die Bevölkerungswarnung unter Einschluss von sozialen Medien, Cell Broadcast, Apps und dergleichen kann Warnung verschiedene Sinne ansprechen und so für Menschen mit unterschiedlicher Sinnesbeeinträchtigung dennoch zugänglich werden. Dabei sollen konventionelle Möglichkeiten nicht vergessen werden. Signale und Piktogramme für die Warnung und Gefahrenausweisung sollten vereinheitlicht werden.

Situation in Österreich. Bei den Blaulichtorganisationen ist man sich der Notwendigkeit der besonderen Berücksichtigung von Menschen mit Behinderung bewusst. Planungsmaßnahmen finden sich in unterschiedlicher Ausprägung in einigen Bereichen etwa für Krankenanstalten, Heime oder Horte. Der flächendeckende Katastrophenschutz in Österreich begünstigt die Rettung von Menschen mit Behinderung. Im ersten österreichischen Staatenbericht zur UN-Behindertenkonvention wird darauf hingewiesen, dass in Gefahrensituationen festgestellt wird, welche Hilfe Menschen abhängig von ihren Bedürfnissen benötigen. Zu beachten ist, dass auch nicht behinderte Menschen durch Verletzungen und sonstige Umstände gleichsam „behindert“ werden und individuelle Hilfe benötigen. Für die Evakuierung von Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen ist zum Beispiel eine spezielle Einsatzplanung in einzelnen Bundesländern vorgesehen. Vom UN-Ausschuss für die Rechte von Menschen mit Behinderung wurden diese Bemühungen sowie die österreichischen Beiträge zur Entwicklungszusammenarbeit und zur humanitären Hilfe anerkannt.

Siegfried Jachs